

# Vorlage der Stadt Speyer



Vorlagen-Nr.: 0166/2005

**Abteilung:** Hauptverwaltung

**Bearbeiter/in:** Ernst Müller

**Haushaltswirksamkeit:**  nein  ja, bei Hhst.

Beratungsfolge	Termin	Behandlung	Beratungsstatus
Hauptausschuss	22.09.2005	nicht öffentlich	empfehlende Beschlussfassung
Stadtrat	06.10.2005	öffentlich	endgültige Beschlussfassung

**Betreff: Gesundheitsamt Ludwigshafen - Nebenstelle Speyer;  
Erhaltung des Standortes Speyer**

## Beschlussempfehlung:

Hauptausschuss und Stadtrat sprechen sich dafür aus, den Standort Speyer für eine Außenstelle des Gesundheitsamtes zu erhalten.

Die Stadt Speyer bietet der Kreisverwaltung des Rhein-Pfalz-Kreises an, für den Erhalt der Nebenstelle in Speyer Räume in einer städtischen Liegenschaft zur Verfügung zu stellen.

## Begründung:

Im April 1996 wurden die vormaligen Staatlichen Gesundheitsämter in Dienststellen der Kreisverwaltungen umgewandelt. Für den Bereich des Staatlichen Gesundheitsamtes Ludwigshafen mit den Nebenstellen Frankenthal und Speyer übernahm die damalige Kreisverwaltung Ludwigshafen die Trägerschaft. Ein Ausnahmeantrag der Stadt Ludwigshafen zur Übernahme des Gesundheitsamtes wurde damals durch das Ministerium abgelehnt, nachdem sich u.a. die Stadt Speyer 1995 für eine Angliederung an den Kreis mit dem Vorbehalt ausgesprochen hatte, die Nebenstelle Speyer bleibe im bisherigen Umfang erhalten.

Nach den damaligen rechtlichen Grundlagen des Landesgesetzes über die Eingliederung der Gesundheitsämter in die Kreisverwaltungen vom 17.11.1995 war eine Verlagerung oder Schließung von Dienststellen nur mit Zustimmung der kreisfreien Stadt möglich, in der die Stelle ihren Sitz hat.

Mit der Verabschiedung des Standard-Flexibilisierungsgesetzes vom 05.04.2005 (Artikel 6) wurde diese Bestimmung ersatzlos gestrichen. Die Schließung oder Verlagerung liegt nun ausschließlich im Ermessen der Kreisverwaltungen.

Inzwischen zeichnen sich Hinweise dafür ab, dass die Kreisverwaltung des Rhein-Pfalz-Kreises beabsichtigt, die Außenstellen des Gesundheitsamtes Ludwigshafen aufzulösen bzw. die Aufgaben in Ludwigshafen zu konzentrieren. Dadurch droht der Verlust einer weiteren Verwaltungsdienststelle in Speyer, die mit ihren Dienstleistungen in den Städten Speyer und Schifferstadt sowie den Orten Römerberg, Dudenhofen, Hanhofen, Harthausen, Otterstadt und Waldsee etwa 100.000 Einwohner versorgt. Ein Wegfall des Serviceangebots in Speyer wäre für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Gebiet mit einem erheblich längeren Anfahrtsweg, größerem Zeitaufwand und höheren Kosten verbunden. Besonders aufwändig wäre dies für einen Teil des Hauptklientels des Gesundheitsamtes, wie etwa Familien mit Kindern, Senioren und behinderten Menschen.

Das Angebot der Nebenstelle Speyer mit 9,5 Mitarbeiterstellen umfasst derzeit u.a.

**1. Amtsärztliche Gutachten/Bescheinigungen**

z.B. für Mutter-Kind-Kuren, Betreuungen, Kindergeld, Arbeits- und Dienstfähigkeit, Einstellungen, Fahrtauglichkeit (ca. 1.000 Untersuchungen jährlich, davon rund 400 aus den Umlandgemeinden im Rhein-Pfalz-Kreis)

**2. Kinder- und Jugendärztlicher Dienst**

Einschulungsuntersuchungen und Gesundheitsberatungen von Schülern und Eltern

**3. Maßnahmen zur Vermeidung der Verbreitung von Infektionskrankheiten**

z.B. Tuberkulose, Parasiten, Impf- und Aids-Beratung

**4. Sozialpsychiatrischer Dienst**

Beratung und Betreuung von psychisch Erkrankten und deren Angehörigen/Umfeld

Bei einer Unterschriftenaktion der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di haben sich bislang rund 4.000 Bürger aus der Region für den Erhalt der Nebenstelle Speyer ausgesprochen, darunter Vertreter der Ärzteschaft, der Kirchen, Gewerkschaften und der Seniorenbeirat der Stadt Speyer.

Speyer, den 13.09.2005